



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

49/2014 05.12.2014

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

ZEITSCHRIFT FÜR ENERGIE- UND TECHNIKRECHT (ZTR)

Die Zeitschrift für Energie- und Technikrecht informiert Sie viermal im Jahr über aktuelle Fragen des europäischen und österreichischen Energie- und Technikrechts, gegliedert in die Rubriken „Aufsätze“ – „Kurzbeiträge“ – „Rechtsvorschriften und Normen“ – „Rechtsprechung“ und „Literatur“.

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Andreas Hauer (Energierrecht); Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Öffentliches Technikrecht); Dr. Clemens Appl, IT|IP-Law Group, Wirtschaftsuniversität Wien (Privates Technikrecht)

Probeheft (3/2014) kostenlos bestellen: ztr@jku.at

I. Bundesgesetzblatt

BGBI I 85/2014

Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den **Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots** (Verlängerung bis 2017; Anhebung der Zweckzuschüsse des Bundes; Erweiterung der Verwendungszwecke)

BGBI II 323/2014

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, mit der die **Intelligente Messgeräte-Einführungsverordnung** (IME-VO), geändert wird (IME-VO Novelle 2014)

BGBI II 324/2014

Verordnung des Bundesministers für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, mit der die **Arbeitsstättenverordnung** und die **Verordnung über die Sicherheitsvertrauenspersonen** geändert werden

BGBI II 329/2014

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die **AEV Gerberei** geändert wird

[BGBl III 229/2014 \(Anlage I\)](#)

Anti-Doping-Konvention; Neue Referenzliste der Gruppen **verbotener Wirkstoffe** und verbotener **Methoden**

[BGBl III 230/2014](#)

Kündigung des Europäischen **Übereinkommens** zum Schutz des **archäologischen Erbes**

II. Amtsblatt der EU

[ABl L 343 v 28.11.2014, 3](#)

Verordnung (EU) Nr 1266/2014 der Kommission vom 25. November 2014 über ein **Fangverbot** für **Kabeljau** im **NAFO-Gebiet 3M** für Schiffe unter der Flagge eines **Mitgliedstaats** der Europäischen Union

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

B. Verwaltungsgerichtshof

08.09.2014, [2011/06/0185](#)

Stmk BauG; gem § 41 Abs 6 Stmk BauG steht den Nachbarn ein **Recht auf Erlassung eines baupolizeilichen Auftrags** zu, wenn die Bauarbeiten, die baulichen Anlagen oder sonstigen Maßnahmen iSd Abs 1, 3 und 4 ihre Rechte (§ 26 Abs 1) verletzen; es kommt dabei auf eine tatsächliche Verletzung von Nachbarrechten gem § 26 Abs 1 Stmk BauG an

25.09.2014, [2012/07/0001](#)

WasserrechtsG; wird es unterlassen, den schlüssigen und nachvollziehbaren Feststellungen des wasserbautechnischen Amts-SV auf gleicher fachlicher Ebene entgegenzutreten, so besteht für die Behörde kein Anlass, noch ein weiteres **wasserbautechnisches Gutachten** einzuholen

25.09.2014, [2013/07/0297](#)

Güter- und Seilwege GrundsatzG; **Stmk Güter- und SeilwegeG**; die Führung eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebs ist keine Voraussetzung für die **Einräumung eines Bringungsrechts auf Grundlage des Stmk Güter- und SeilwegeG**; das Güter- und Seilwege GrundsatzG bzw das Stmk Güter- und SeilwegeG bietet über die bloße Bringung von Produkten zum Zwecke der Verwertung aus dem Wald, die durch das Forstgesetz gewährleistet wäre, hinausgehende Berechtigungen, die der zweckmäßigen Bewirtschaftung von Waldgrundstücken dienen; so umfasst nach § 1 Abs 1 und 2 Stmk Güter- und SeilwegeG ein Bringungsrecht iSd Gesetzes (ua) auch das Recht, Personen und Sachen über fremden Grund zu bringen, eine Bringungsanlage zu errichten, auszugestalten, zu erhalten, zu benützen und zu verwalten, oder die zu bringenden Sachen auf fremdem Grund zu lagern

25.09.2014, [Ra 2014/07/0044](#)

WasserrechtsG; ein **wasserpolizeilicher Auftrag** ist dann nicht an den Eigentümer zu richten, wenn ein Dritter über die Anlage oder die Liegenschaft rechtlich und tatsächlich selbständig verfügungsberechtigt ist

25.09.2014, [Ra 2014/07/0046](#)

AltlastensanierungsG; die Feststellung gem § 10 AltlastensanierungsG stellt keine Verwaltungsstrafsache oder Finanzstrafsache dar; das **Lagern (oder Zwischenlagern)** unterliegt in einer kürzeren als in § 3 Abs 1 Z 1 lit b AltlastensanierungsG (in der ab 1. Jänner 2006 geltenden Fassung) genannten **Zeitdauer** der Altlastenbeitragspflicht, wenn nicht alle hiefür erforderlichen behördlichen Bewilligungen (Anzeigen oder Nichtuntersagungen) vorgelegen sind

25.09.2014, [Ro 2014/07/0032](#)

AbfallwirtschaftsG; steht unzweifelhaft fest, dass Personen die tatsächliche Sachherrschaft über ihre Gebrauchtkleidung aufgeben, wenn sie sie in einen aufgestellten Container einlegen – zumal es die Größe und Konstruktion der Klappen, in welche die Gebrauchtkleidung eingelegt wird, um sie anschließend in den Container zu befördern, in der Regel nicht erlaubt, die Sachherrschaft über die einmal eingeworfene Kleidung wiederzuerlangen – so ist durch den Akt des Einwerfens der **Gebrauchtkleidung in die aufgestellten Container** die zweite Tatbestandsvariante (arg: „entledigt hat“) des subjektiven Abfallbegriffs iSd § 2 Abs 1 Z 1 AbfallwirtschaftsG erfüllt; selbst wenn das humanitäre Motiv – die Gebrauchtkleider zu spenden – stark ausgeprägt sein mag, so ist bei einer von Einzelfällen losgelösten generellen Beurteilung davon auszugehen, dass es hinter das Motiv der Entledigung zurücktritt

25.09.2014, [Ro 2014/07/0048](#)

WasserrechtsG; VwGbk-ÜG; legt der Revisionswerber nicht dar, in welchen Punkten der angefochtene Bescheid von welcher Rechtsprechung des VwGH abweicht und lässt er offen, welche konkrete Rechtsfrage in der Judikatur des VwGH uneinheitlich beantwortet worden wäre, so ist die **Revision gem § 4 Abs 5 VwGbk-ÜG 2013 als unzulässig zurückzuweisen**

25.09.2014, [Ro 2014/07/0074](#)

Bgld WasserleitungsverbandsG Nord; die **Anschlusspflicht des § 19 Bgld WasserleitungsverbandsG Nord** trifft unterschiedslos alle Eigentümer von Grundstücken mit Bauten, Betrieben und Anlagen im Verbandsgebiet, die aus der Wasserleitung des Verbands versorgt werden können; die Ausnahmebestimmung des § 20 Bgld WasserleitungsverbandsG Nord stellt nicht darauf ab, Eigentümer von Grundstücken mit bestehender Wasserversorgung von der Anschlusspflicht auszunehmen, um ihnen unnötige Ausgaben zu ersparen, vielmehr soll sie nur in unverhältnismäßigen Härtefällen, nicht aber regelmäßig bei Bestehen einer geeigneten Trink- bzw Nutzwasserversorgung, zum Tragen kommen

25.09.2014, [Ro 2014/07/0080](#)

AbfallwirtschaftsG; bei einem **Behandlungsauftrag nach § 73 AbfallwirtschaftsG** ist zwar (wie auch bei Aufträgen nach § 138 WasserrechtsG) eine Prüfung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit und der Adäquanz vorzunehmen; es handelt sich dabei aber nicht um eine subjektive, auf die jeweilige finanzielle Situation des Verpflichtenden abstellende, sondern um eine objektive Zumutbarkeit im Sinn einer Verhältnismäßigkeit von Mitteleinsatz und „Erfolg“

25.09.2014, [Ro 2014/07/0088](#)

AbfallwirtschaftsG; es kommt bei der Beurteilung der **subjektiven Abfalleigenschaft** weder auf die eigene Entledigungsabsicht noch auf die Absicht in Bezug auf eine in Aussicht genommene Verwendung der Materialien an; eine Sache ist nämlich schon dann als Abfall zu qualifizieren, wenn bei irgendeinem Vorbesitzer die Entledigungsabsicht bestanden hat; ob eine Entledigungsabsicht iSd § 2 Abs 1 Z 1 AbfallwirtschaftsG vorliegt, hat das VwG aufgrund der konkreten Umstände des jeweiligen Einzelfalls zu beurteilen

10.10.2014, [2012/06/0020](#)

Bgld BauG; Bgld BauVO; die Verbindlichkeit der Richtlinien gem § 36 Bgld BauVO (zur Verbindlichkeitserklärung siehe § 4 letzter Satz Bgld BauG) führt dazu, dass es einer „Auflage“ (Feuermauer), die mit einer mehr oder weniger geglückten Formulierung auf die jedenfalls bestehende Festlegung verweist, nicht bedarf; eine derartige „**Auflage**“ **ist im gegebenen Normzusammenhang nicht „erforderlich“** iSd § 18 Abs 10 Bgld BauG; eine Verletzung von Nachbarrechten kommt durch derartige „Auflagen“ nicht in Betracht; der Nachbar ist hinreichend durch die genannten Richtlinien (§ 36 Bgld Bauverordnung) geschützt

16.10.2014, [2011/06/0181](#)

Stmk BauG; die nach **§ 13 Abs 3 AVG** gesetzte Frist dient zur Vorlage vorhandener, aber nicht zur **Beschaffung fehlender Unterlagen**; dies gilt allerdings nur in jenen Fällen, in denen der Gesetzgeber zweifelsfrei und für den Antragsteller eindeutig erkennbar festlegt, welche Unterlagen erforderlich sind; kann ein Bauvorhaben von der Behörde nicht allein aus den in § 22 Abs 2 Stmk BauG angeführten und dem Bauansuchen anzuschließenden Unterlagen beurteilt werden, sind auf Verlangen der Behörde nach Abs 3 dieser Bestimmung „weitere Nachweise, insbesondere über die Standsicherheit, die Tragfähigkeit des Bodens, [...] zu erbringen“.

16.10.2014, [2012/06/0192](#)

Vbg BauG; ein mit den Erfahrungen des Lebens und den Denkgesetzen nicht in Widerspruch stehendes Gutachten kann in seiner Beweiskraft nur durch ein gleichwertiges **Gutachten**, somit auf gleicher fachlicher Ebene (durch Einholung eines Gutachtens eines Privat-SV) bekämpft werden; **Widersprüche zu den Erfahrungen des Lebens und zu den Denkgesetzen** können aber auch ohne sachverständige Untermauerung aufgezeigt werden

16.10.2014, [2013/06/0009](#)

Bgld Gemeindeordnung; dadurch, dass die belangte Behörde bei verspätetem Rechtsmittel **statt mit Zurückweisung mit Abweisung** vorging, wurden die bf Parteien nicht in ihren Rechten verletzt

16.10.2014, [2013/06/0017](#)

Sbg RaumordnungsG; **Sbg BaupolizeiG**; durch ein allfälliges Unterbleiben einer Kennzeichnung gem § 39 Abs 2 Sbg RaumordnungsG kann eine Nachbarin nicht in subjektiv-öffentlichen Rechten verletzt werden, da die Kennzeichnung von Flächen für Feriendörfer und Apartmenthäuser im Bauland nicht dem **Nachbarschutz** dient; die Bezugspunkte für die Höhenberechnung von Bauten bilden das gewachsene Gelände und das oberste Gesimse bzw die oberste Dachtraufe; unter „gewachsenem Gelände“ ist das natürliche Geländeniveau vor der Bauführung zu verstehen; hinsichtlich der festgelegten **Gesamthöhe** – nicht jedoch der vorgeschriebenen Geschoße – kommt der Nachbarin im Bauverfahren nach dem Sbg BaupolizeiG ein subjektiv-öffentliches Recht zu

16.10.2014, [2013/06/0130](#)

Stmk BauG; zur Geltendmachung **subjektiv-öffentlicher Nachbarrechte** ist nur jener Nachbar legitimiert, in dessen Rechtssphäre durch den Bescheid eingegriffen werden könnte; Nachbarn haben gem § 26 Abs 1 Z 5 iVm § 57 Abs 2 Stmk BauG nur ein Mitspracherecht betreffend die Auswirkungen der im § 57 Abs 2 leg cit umschriebenen Anlagen; dieses Mitspracherecht erstreckt sich jedoch nicht auf eine befürchtete Vergrößerung der **Hochwassergefahr**

16.10.2014, [Ro 2014/06/0050](#)

Tir RaumordnungsG; eine Feststellung gem § 17 Abs 3 Tir RaumordnungsG, dass der **Wohnsitz als Freizeitwohnsitz** verwendet werden darf, setzt den Nachweis, dass der Wohnsitz bereits am 31. Dezember 1993 als Freizeitwohnsitz iSd § 13 Abs 1 erster Satz Tir RaumordnungsG verwendet worden ist, voraus; dieser Nachweis ist durch Beweismittel iSd § 46 AVG, insbesondere durch Urkunden, zu erbringen; die bloße **Glaubhaftmachung** reicht im Hinblick auf die gegebene Rechtslage nicht

21.10.2014, [2012/03/0178](#)

EisenbahnG; der Eigentümer einer betroffenen Liegenschaft iSd **§ 31e EisenbahnG** ist berechtigt **Einwendungen** zu erheben, die eine Verletzung subjektiv öffentlicher Interessen zum Inhalt haben; eine Befürchtung der **Verschlechterung der Straßenverkehrsanbindung** im öffentlichen Straßenverkehrsnetz stellen keine subjektiv öffentlichen Rechte dar; die Regelung der Herstellung, Um- und Ausgestaltung der Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen sowie die Regelung der Tragung der Kosten solcher baulicher Maßnahmen sind als Angelegenheit des „Verkehrswesens bezüglich der Eisenbahnen“ gem Art 10 Abs 1 Z 9 B-VG Bundessache in Gesetzgebung und Vollziehung; der Erwerb eines Privatrechts durch Ersetzung an einem im Gemeingebrauch stehenden Weg kommt nur dann in Betracht, wenn eine Benützung außerhalb des Gemeingebrauchs erfolgt

21.10.2014, [Ra 2014/03/0037](#)

GüterbeförderungsG; VwGVG; AVG; die Frage der **Verspätung eines Rechtsmittels** ist unabhängig von einem bloß anhängigen, aber noch nicht entschiedenen **Wiedereinsetzungsantrag** sogleich aufgrund der Aktenlage zu entscheiden; wird die Wiedereinsetzung später bewilligt, so tritt die Zurückweisungsentscheidung von Gesetzes wegen außer Kraft; eine Ausnahme davon kann nur dann gemacht werden, wenn dem Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand die aufschiebende Wirkung zuerkannt wird

23.10.2014, [2012/07/0226](#)

Tir AbfallwirtschaftsG; ausschließlich die rechtliche **Qualifizierung von anfallenden Abfällen** bildet den Gegenstand eines nach **§ 3 Tir AbfallwirtschaftsG** erlassenen Feststellungsbescheids; nicht entscheidend ist somit die Frage der Art der Sammlung der anfallenden Abfälle; in welcher Weise jemand daher mit den anfallenden Abfällen verfährt, hat mit der Frage der rechtlichen Einordnung des anfallenden Abfalls unter die Bestimmung des **§ 2 Abs 3 Tir AbfallwirtschaftsG** oder des **§ 2 Abs 4 Tir AbfallwirtschaftsG** nichts zu tun

23.10.2014, [Ra 2014/07/0031](#)

AltlastensanierungsG; das **Qualitätssicherungssystem** soll „die gleichbleibende Qualität der Baurestmassen gewährleisten“; es umfasst – generell gesprochen – eine Aufbauorganisation, Verantwortlichkeiten, Abläufe, Verfahren und Mittel zur Verwirklichung des Ziels der Garantie gleichbleibender Qualität; darüber hinaus beinhaltet ein Qualitätssicherungssystem auch Vorgaben zur Eingangskontrolle, zur Eigen- und Fremdüberwachung, zu Aufzeichnungspflichten sowie gegebenenfalls zur Kennzeichnung als Information für Anwender; die Regelungen des **Bundes-Abfallwirtschaftsplans** stellen technische Vorschriften dar, mit der Wirkung eines objektivierten, generellen Gutachtens, das gegebenenfalls durch ein fachliches Gegengutachten widerlegt werden könnte

C. Verwaltungsgerichte

LVwG Tir 02.06.2014, [LVwG-2013/32/2173-6](#)

WasserrechtsG; die **konkludente Zustimmung zur Einleitung von Abwasser** in eine Kanalisation iSd **§ 32b Abs 1** letzter Satz WasserrechtsG kann konkludent widerrufen werden; zumindest ab dem Zeitpunkt der Zustellung eines Vertragsentwurfs, mit dem die Zustimmung der Einleitung der Abwässer an den Abschluss des Vertrags geknüpft wird, ist von einem solchen konkludenten Widerruf auszugehen

LVwG Tir 07.08.2014, [LVwG-2014/15/2066-1](#)

VwGVG; anders als bei einer Berufungsvorentscheidung nach **§ 64a AVG** ist **Prüfgegenstand bei der Erhebung eines Vorlageantrags** nicht die ursprüngliche Beschwerde und der angefochtene Bescheid, sondern die Rechtmäßigkeit der **Beschwerdevorentscheidung**; insbesondere wenn durch die Beschwerdevorentscheidung ein Rechtsmittel als verspätet eingebracht zurückgewiesen wird, ist durch das VwG zunächst zu überprüfen, ob die Zurückweisung zu Recht erfolgt ist; nur wenn dies nicht der Fall war, ist die eigentliche Beschwerde in Behandlung zu nehmen

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[02.12.2014, verb Rs C-148/13 bis C-150/13, A](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Richtlinie 2004/83/EG – Mindestnormen für die Zuerkennung der **Flüchtlingseigenschaft** oder des subsidiären Schutzstatus – Art 4 – Prüfung der Ereignisse und Umstände – Art und Weise der Prüfung – Zulassung bestimmter Beweise – Umfang der Befugnisse der zuständigen nationalen Behörden – Furcht vor **Verfolgung** wegen der **sexuellen Ausrichtung** – Unterschiede zwischen den Grenzen für die Prüfung der Aussagen und Unterlagen oder sonstigen Beweise zur behaupteten sexuellen Ausrichtung eines **Asylbewerbers** und den Grenzen für die Prüfung dieser Anhaltspunkte bei anderen Verfolgungsgründen – Richtlinie 2005/85/EG – Mindestnormen für Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Zuerkennung und Aberkennung der Flüchtlingsei-

genschaft – Art 13 – Anforderungen an die persönliche Anhörung – **Charta der Grundrechte** der Europäischen Union – Art 1 – **Würde des Menschen** – Art 7 – Achtung des **Privat- und Familienlebens**

02.12.2014, Rs C-196/13, Kommission / Italien

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinien 75/442/EWG, 91/689/EWG und 1999/31/EG – **Abfallbewirtschaftung** – Urteil des Gerichtshofs, mit dem eine Vertragsverletzung festgestellt wird – Nichtdurchführung – Art 260 Abs 2 AEUV – **Finanzielle Sanktionen** – Zwangsgeld – Pauschalbetrag

02.12.2014, Rs C-378/13, Kommission / Griechenland

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 75/442/EWG – **Abfallbewirtschaftung** – Urteil des Gerichtshofs, mit dem eine Vertragsverletzung festgestellt wird – Nichtdurchführung – Art 260 Abs 2 AEUV – **Finanzielle Sanktionen** – Pauschalbetrag und Zwangsgeld

03.12.2014, Rs C-315/13, De Clercq ua

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freier Dienstleistungsverkehr** – Art 56 AEUV und 57 AEUV – Richtlinie 96/71/EG – Art 3 Abs 1 und 10 – Richtlinie 2006/123/EG – Art 19 – Nationale Regelung, wonach die Person, bei der durch **entsandte Arbeitnehmer** oder Praktikanten Arbeiten durchgeführt werden, diejenigen Arbeitnehmer melden muss, die nicht die **Empfangsbestätigung** für die Meldung vorlegen können, die ihr in einem anderen Mitgliedstaat ansässiger Arbeitgeber beim Aufnahmemitgliedstaat hätte abgeben müssen – **Strafrechtliche Sanktion**

04.12.2014, Rs C-295/13, H

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Zuständigkeit der Gerichte** des Mitgliedstaats, in dem ein **Insolvenzverfahren** eröffnet wurde, für eine Insolvenzklage gegen einen **Beklagten mit Wohnsitz** in einem **Drittstaat** – Klage gegen den Geschäftsführer einer Gesellschaft auf Ersatz von Zahlungen, die nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft oder nach Feststellung ihrer Überschuldung geleistet wurden

04.12.2014, Rs C-413/13, FNV Kunsten Informatie en Media

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Wettbewerb** – Art 101 AEUV – **Sachlicher Anwendungsbereich** – Tarifvertrag – Bestimmung, die **Mindesttarife** für **selbständige Dienstleistungserbringer** vorsieht – Begriff ‚Unternehmen‘ – Begriff ‚Arbeitnehmer‘

B. Schlussanträge

04.12.2014, Rs C-439/13 P, Elitaliana / Eulex Kosovo (GA Jääskinen)

Rechtsmittel – Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP – Ausschreibung für die **Hubschrauberunterstützung** für die **Eulex-Mission** im **Kosovo** – Entscheidung, den Auftrag an einen anderen Bieter als die Klägerin zu vergeben – Nichtigkeitsklage und Klage auf **Ersatz** des angeblich **entstandenen Schadens** – „Einrichtung oder sonstige Stelle der Union“ im Sinne von Art 263 Abs 1 AEUV – Ermittlung des richtigen Beklagten für von dem Missionsleiter getroffene Entscheidungen – **Unzulässigkeit der Klage** beim Gericht der Europäischen Union – Entschuldigbarer Irrtum – Art 47 der **Charta der Grundrechte** der Europäischen Union – Grundsatz des effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes

04.12.2014, Rs C-516/13, Dimensione Direct Sales und Labianca (GA Cruz Villalón)

Urheberrecht – Richtlinie 2001/29/EG – Verbreitungsrecht – Art 4 Abs 1 – Begriff der **Verbreitung des Originals** oder von Vervielfältigungsstücken eines Werkes ‚an die Öffentlichkeit‘ durch Verkauf oder auf sonstige Weise – Vertragsangebot – **Internetseite**, auf der Werkstücke geschützter Möbel ohne Zustimmung des Inhabers des ausschließlichen Verbreitungsrechts zum Verkauf angeboten werden – Invitatio ad offerendum – **Werbemaßnahmen**

04.12.2014, Rs C-536/13, Gazprom (GA Wathelet)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen** – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Anti-suit injunction eines Schiedsgerichts mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat – **Verbot der Prozessführung**

vor einem Gericht eines anderen Mitgliedstaats – Anordnung, die Klageanträge in einem Gerichtsverfahren zu beschränken – Befugnis eines Gerichts dieses anderen Mitgliedstaats, die **Anerkennung des Schiedsspruchs zu versagen** – Unabhängige Entscheidung eines Gerichts über seine Zuständigkeit hinsichtlich eines Rechtsstreits, der in den Anwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr 44/2001 fällt – Sicherstellung des **Vorrangs des Unionsrechts** und der vollen Wirksamkeit der Verordnung Nr (EG) 44/2001

C. Gericht

[04.12.2014, verb Rs T-494/13 und T-495/13, Sales & Solutions / OHMI - Inceda \(watt\)](#)

Gemeinschaftsmarke – Nichtigkeitsverfahren – Gemeinschaftsbildmarke WATT und Gemeinschaftswortmarke WATT – **Absolutes Eintragungshindernis** – Beschreibender Charakter – Art 7 Abs 1 Buchst c der Verordnung (EG) Nr 207/2009

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

02.12.2014, Beschwerde Nr. [43978/09](#), *Battista / Italien*

Verletzung von Art 2 4. ZP EMRK (Recht auf Freizügigkeit); **Verweigerung** der Ausstellung eines **Passes** bzw. eines Personalausweises aufgrund der **Säumnis** des Bf hinsichtlich der **Unterhaltszahlungen** für seine Kinder; **automatische** und **pauschale Maßnahme** von unbestimmter Dauer, die in einer demokratischen Gesellschaft nicht notwendig ist

02.12.2014, Beschwerde Nr. [61960/08](#), *Emel Boyraz / Türkei*

Verletzung von Art 14 (Diskriminierungsverbot) iVm Art 8 (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) und Art 6 Abs 1 EMRK (Recht auf ein faires Verfahren); **Entlassung** der Bf, die als Security-Mitarbeiterin drei Jahre im **öffentlichen Dienst** gearbeitet hatte, aufgrund der Tatsache, dass sie als **Frau** den **Wehrdienst nicht abgeleistet** hatte; ungerechtfertigte **Diskriminierung** aufgrund des Geschlechts

02.12.2014, Beschwerde Nr. [31706/10](#) ua, *Güler and Uğur / Türkei*

Verletzung von Art 9 EMRK (Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit); gerichtliche **Verurteilung** der Bf wegen terroristischer Propaganda, da sie an einem **Gottesdienst zu Ehren von Mitgliedern** einer illegalen Organisation (**PKK**), die von Sicherheitskräften getötet worden waren, **teilgenommen** hatten; **Konventionswidrigkeit** der Verurteilung, da gesetzliche Grundlage nicht hinreichend klar und vorhersehbar

02.12.2014, Beschwerde Nr. [32093/10](#), *Cumhuriyetçi Eğitim Ve Kültür Merkezi Vakfi / Türkei*

Verletzung von Art 14 (Diskriminierungsverbot) iVm Art 9 EMRK (Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit); **Weigerung**, der bf **alevitischen Religionsgemeinschaft** das gleiche **Privileg** der **Befreiung** von der Zahlung von **Stromrechnungen** für Gotteshäuser wie anderen Religionsgemeinschaften zuzuerkennen; ungerechtfertigte Ungleichbehandlung; **Diskriminierung aus religiösen Gründen**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.